

Deutscher Text (englischer Text siehe weiter unten)

An alle Leser der Herald Tribune!

An dieser Stelle haben Sie vor zwei Wochen eine Erklärung der neuen, österreichischen Bundesregierung gelesen. Diese wurde vom Bundespräsidenten der Republik Österreich verfasst und als Beilage zum Koalitionsabkommen der österreichischen Volkspartei und der Freiheitlichen Partei Österreichs, Herrn Wolfgang Schüssel und Herrn Jörg Haider unterschrieben. Wieso die österreichische Bundesregierung den Weg bezahlter Anzeigen wählt, um der Weltöffentlichkeit die Grundwerte und die Selbstverständlichkeiten jeder entwickelten Demokratie mitzuteilen, überlassen wir Ihrer Beurteilung. Ebenso die Beantwortung der Frage, wieso der Landeshauptmann von Kärnten (Bundesland von Österreich) und Führer der FPÖ Jörg Haider hier ein mit Steuermitteln bezahltes Forum in der Weltöffentlichkeit bekommt. Wir wenden uns bewusst an Sie als Leser dieser Zeitung, weil große Teile der österreichischen Bevölkerung die Handlungsweisen der neuen, österreichischen "Mitte"-Rechts-Regierung nicht mittragen. Tausende Menschendemonstrieren jeden Tag friedlich in den österreichischen Städten als Zeichen des Protests gegen die momentane politische Situation. KünstlerInnen, Kulturschaffende und viele Initiativen organisieren den Widerstand und sind Teile einer echten Volksbewegung, wie sie Österreich seit dem Ende des 2. Weltkriegs noch nicht erlebt hat.

Während Sie diese Botschaft lesen, demonstrieren gerade zehntausende ÖsterreicherInnen in Wien gegen die österreichische Bundesregierung. Der Protest richtet sich gegen die handelnden Personen der österreichischen Regierung und ein Klima der politischen Intoleranz und Isolation. Wir wenden uns an alle VertreterInnen der Völkergemeinschaft. Die Proteste der Europäischen Union, Israels und anderer befreundeter Staaten erfüllen alle ÖsterreicherInnen mit Sorge. Wir sehen diese Proteste und die damit einhergehenden stark eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten der österreichischen Bundesregierung aber auch als Solidaritätsbekundung der befreundeten Staaten für die Protestbewegung in unserem Land. Wir bitten Sie, Ihre Zeichen des Protests nicht abzuschwächen, sondern auch im Sinne einer zusammenwachsenden Völkergemeinschaft das politische Problem Österreichs als gemeinsames aller demokratischen Staaten zu betrachten. Jedes Zeichen des Widerstandes gegen die österreichische Regierung, ist ein Zeichen für jene ÖsterreicherInnen, die eine Radikalisierung des politischen Klimas schon in der Wahlzelle am 3. Oktober abgelehnt haben und jenen Teil der FP und gutgläubigen Wähler der ÖVP, die jetzt beginnen, über die Konsequenzen ihrer Stimmabgabe nachzudenken. Wir wenden uns an alle Künstler und Künstlerinnen, die aufgrund ihrer aufrechten und echten Überzeugung überlegen, Besuche in Österreich abzusagen oder dies bereits getan haben. Wir haben großes Verständnis für diese Handlungen, dem offiziellen Österreich mit diesem Boykott entgegenzutreten. Vergessen Sie aber nicht die große Mehrheit der Österreicher, die sich in Initiativen organisiert und gerade die kulturellen Tätigkeiten als Mittel mit besonderer Bedeutung für den Widerstand ansieht. Treten Sie mit diesen Initiativen in Kontakt und unterstützen Sie diese mit Ihrer Kunst.

Wir wenden uns an alle Mitglieder und Vertreter konservativer und christlich-sozialer Parteien aller Staaten. Sprechen Sie mit den Mitgliedern der österreichischen Volkspartei über die Vorgänge in Österreich. Fordern Sie Ihre Kollegen auf, den historischen Fehler der Koalition mit der FPÖ sofort zu korrigieren und lassen Sie keine Gelegenheit aus darauf hinzuweisen, dass jeder einzelne Politiker der ÖVP für seine Handlungen verantwortlich ist.

Wir wenden uns an alle jene, die sich persönlich durch die Äußerungen von Mitgliedern der österreichischen Bundesregierung und von Politikern der FPÖ beleidigt und verunsichert fühlen,

insbesondere an jene Personen, die schon einmal Opfer eines durch österreichische Mithilfe und unter der Mittäterschaft von Österreichern errichteten totalitären, menschenverachteten Systems geworden sind. Wir können Ihnen diese Verunsicherung und Angst leider nicht nehmen, denn Ihre Angst ist unsere Angst. Ihre verletzten Gefühle sind unsere verletzten Gefühle, und jeder Tag, an dem Sie und wir Gesichter und Stimmen des offiziellen Österreichs ertragen müssen, die aus der schmerzhaften Vergangenheit Österreichs nichts gelernt haben, ist eine Schande für unser Land.

Wir wenden uns an alle ausländischen Medien, die über die Vorgänge in Österreich berichten. Zur Lösung und Aufklärung der politischen Situation in Österreich benötigen wir Ihre Hilfe. Informieren Sie Ihre LeserInnen und ZuseherInnen über die schwierige Situation in Österreich mit Inhalten, die über Schlagzeilen hinausgehen. Nur die gesamtheitliche Berichterstattung über die politische Situation in unserem Land ermöglicht eine Ausschaltung des österreichischen "Jetzt erst recht"-Reflexes, der schon zur Wahl Waldheims geführt hat, der FPÖ nützt und die ÖVP noch weiter an den rechten Rand des politischen Spektrums wandern lässt. Wenn Sie uns in unseren Bemühungen um eine Änderung der politischen Situation unterstützen wollen, berichten Sie über die Vorgänge so, dass die Demagogen und Ideologen der Rechten keinen Handlungsspielraum haben. Unterschätzen Sie die Gewandtheit und Überzeugungskraft der handelnden politischen Personen nicht. Wir wenden uns an Sie alle! Unterstützen Sie uns in unserem Widerstand gegen die ungeheuerlichen Vorgänge in unserer Heimat, die vielen Österreichern schon sehr fremd geworden ist. Nur gemeinsam mit Ihnen haben wir eine Chance, die gefährliche Entwicklung unseres Landes zu stoppen. Die Mehrheit des österreichischen Volkes ist gemeinsam mit Ihnen zum friedlichen und legalen Widerstand gegen die gefährliche Situation bereit. Lassen Sie uns gemeinsam das schreckliche Gesicht von Intoleranz, Hass, Hetze und Fremdenfeindlichkeit für immer zum Verschwinden bringen. Dieses Inserat wurde von tausenden ÖsterreicherInnen privat finanziert.

Englischer Text:

To all Herald Tribune Readers!

In these pages, two weeks ago, you were able to read a statement by the new Austrian federal government. It was issued by the federal president of the Republic of Austria and signed by Mr Wolfgang Schüssel and Mr Jörg Haider as an addendum to the coalition agreement between the Austrian People's Party [Österreichische Volkspartei, ÖVP] and the Austrian Freedom Party [Freiheitliche Partei Österreichs, FPÖ]. We leave you to judge for yourselves just why the Austrian federal government should choose the way of a paid advertisement to inform the general public around the world of the fundamental values and self-evident truths of any developed democracy. Likewise we leave you to answer the question as to why Jörg Haider, governor of the federal province of Carinthia and leader of the FPÖ, should obtain a platform financed with taxpayers' money to address the general public around the world. We appeal to you specifically as readers of this newspaper because large sections of the Austrian population do not support the attitudes and actions of Austria's new "centre" right government. Every day thousands of people are demonstrating peacefully in the towns and cities of Austria in protest at the current political situation. Artists, people engaged in the field of culture and many initiatives are organising resistance and are part of a genuine popular movement, the like of which has not been seen in Austria since the end of the Second World War.

As you read these lines, tens of thousands of Austrians are demonstrating in Vienna against the Austrian federal government. Their protest is directed at the persons active in the Austrian government and at the climate of political intolerance and isolation. We appeal to all the representatives of the international community. The protests by the European Union, Israel and other friendly nations are a matter of great concern for all Austrians. And yet we also see these protests and the resulting, severely restricted scope of action of the Austrian federal government as a gesture of solidarity by these friendly nations with the movement of protest in our country. We ask you not to lessen your protest but rather to consider Austria's political problem as a problem shared by all democratic states, within an international community that has grown closer. Each and every sign of resistance against the Austrian government is a sign for the 73% of Austrians who rejected the radicalisation of the political climate as they stood inside the polling booths on October 3, and for those FPÖ voters and the bona fide voters of the ÖVP who are now beginning to think hard about the consequences of their ballot. We appeal to all artists who, out of an honourable and genuine conviction, are considering cancelling their trip to Austria or have already done so. We have a great deal of understanding for these actions aimed at opposing the official Austria with a boycott. However, spare a thought for the large majority of Austrians who have organised themselves in initiatives and who see any such cultural activities as a means of particular significance for their resistance. Make contact with these initiatives and support them with your art.

We appeal to all members and representatives of conservative and Christian socialist parties in all states. Talk to the members of the Austrian People's Party about the events in Austria. Appeal to your colleagues to rectify immediately the historical error of a coalition with the FPÖ, and grasp every single opportunity to point out that each individual politician of the ÖVP is responsible for his or her actions. We appeal to all those who feel personally insulted and unsettled by the statements made by members of the Austrian federal government and by politicians of the FPÖ. We appeal in particular to all those who once before have been victims of a totalitarian and inhuman system set up with the participation of Austria and the complicity of Austrians. We cannot, alas, dispel this disquiet and take these fears from you, for your fears are

our fears. Everyday that you and we have to endure the faces and voices of an official Austria that has learnt nothing from Austria's painful past is a disgrace for our country.

We appeal to all the foreign media reporting on the events in Austria. We need your help to solve and clarify the political situation in Austria. Inform your readers and viewers about the difficult situation in Austria with editorial contents that go beyond mere headlines. Only comprehensive, in-depth reporting on the political situation in our country can neutralise the Austrian "Jetzt erst recht"

Englischer Text:

To all Herald Tribune Readers! In these pages, two weeks ago, you were able to read a statement by the new Austrian federal government. It was issued by the federal president of the Republic of Austria and signed by Mr Wolfgang Schüssel and Mr Jörg Haider as an addendum to the coalition agreement between the Austrian People's Party [Österreichische Volkspartei, ÖVP] and the Austrian Freedom Party [Freiheitliche Partei Österreichs, FPÖ]. We leave you to judge for yourselves just why the Austrian federal government should choose the way of a paid advertisement to inform the general public around the world of the fundamental values and self-evident truths of any developed democracy. Likewise we leave you to answer the question as to why Jörg Haider, governor of the federal province of Carinthia and leader of the FPÖ, should obtain a platform financed with taxpayers' money to address the general public around the world. We appeal to you specifically as readers of this newspaper because larg